

Gemeindewälder gegen Landraub?

Interview mit dem Chin-Landrechtsaktivisten GSMang

Rainer Einzenberger arbeitet am Institut für Internationale Entwicklung an der Universität Wien mit langjähriger Arbeitserfahrung in Myanmar und Thailand. Seine Forschungsschwerpunkte sind Land- und Ressourcenpolitik, Indigene Bewegungen und Kritische Geographie.

Im Zuge der politischen und wirtschaftlichen Öffnung Myanmars kommt es in fast allen Regionen zu einer Zunahme von Land- und Ressourcenkonflikten. Während ein Großteil der Bevölkerung im ländlichen Raum in Armut lebt, profitieren einige wenige vom Raubbau an den reichen natürlichen Ressourcen des Landes. Lokale AktivistInnen sehen in sogenannten ›Gemeindewäldern‹ eine mögliche Strategie, um ihre Landrechte und Wälder zu verteidigen. Der Landrechtsaktivist GSMang von der lokalen Organisation Area Peace and Development Forward gibt in einem Interview Einblicke in die ersten Erfahrungen mit Gemeindewäldern im Chin-Staat.

Seit einiger Zeit bewerben Sie sogenannte ›Gemeindewälder‹ auch im Chin-Staat und bieten dazu Informationsveranstaltungen und Beratung für Gemeinden an. Was ist die Absicht dahinter?

Wir fördern Gemeindewälder im Chin-Staat, damit lokale Gemeinden ihre Wälder selbst bewirtschaften, wieder aufforsten und auch schützen können. Die Bestände an nutzbarem Holz in den Wäldern sind bereits stark reduziert. Das ist vor allem auf illegale Einschläge durch lokale Unternehmen zurückzuführen, die in der Gunst des Militärs stehen. Die indigenen Gemeinden hängen aber von den Wäldern in ihrer Umgebung ab. Das Modell der Gemeindewälder soll ihnen auch die Nutzungsrechte über ihre gewohnheitsrechtlich genutzten Gebiete sichern. Denn die Landwirtschaften und Wälder der Gemeinden befinden sich oft auf Gebieten, die offiziell vom zentralen Forstministerium kontrolliert werden und behördlich nicht als Gemeindeland ausgewiesen oder anerkannt sind. Um eine Lizenz für einen Gemeindewald von der Regierung zu erhalten, müssen die Gemeinden aber zunächst wissen, welche Rechte sie haben und wie man diese beantragt.

Offiziell sollen Gemeindewälder der lokalen Bevölkerung Nutzen bringen. Doch viele DorfbewohnerInnen des Chin-Staats vertrauen der Regierung nicht. Über die Anmeldung von Gemeindewäldern wird daher eingehend diskutiert.
Foto: GSMang

Was sind die größten Probleme in Bezug auf Landrechte im Chin-Staat?

Seit vorkolonialen Zeiten gab es im Chin-Staat sogenannte lokale ›Chiefs‹, Dorfchefs, die das Gemeindeland verwalteten. Wir hatten unsere eigene Identität, Kultur, Gewohnheitsrecht und unser eigenes Land. Die Grenzen der Dörfer wurden von den DorfbewohnerInnen und Chiefs in gegenseitiger Absprache selbst festgelegt. Es gab kein Land, das nicht irgendwie genutzt wurde. Im System des Wanderfeldbaus wurde das Land nur vorübergehend brachgelegt, um es nach einigen Jahren wieder zu bewirtschaften. Wenn jemand Land nutzen wollte, das zum Beispiel im Nachbardorf lag, musste er/sie zunächst im Dorf um Erlaubnis fragen. Das ist Teil unserer gewohnheitsrechtlichen Landnutzung. Die derzeitige Gesetzeslage zur Landnutzung erlaubt es aber Landtitel zu vergeben, ohne die Zustimmung der betroffenen Gemeinden einzuholen. Dazu braucht es oft nur die Zustimmung der Forstbehörde oder der zentralen Behörde, die für Landnutzung zuständig ist. Das führt dazu, dass die ursprünglichen EigentümerInnen ihr Land an andere verlieren, die oft von außerhalb kommen. Das beeinträchtigt häufig die Existenzgrundlage der lokalen Bevölkerung, die von Wanderfeldbau, Flusswasser, Weideland und Wäldern (unter anderem zur Brennholzversorgung) abhängt.

Gibt es bereits ›Erfolgsgeschichten‹ mit Gemeindewäldern im Chin-Staat oder anderen Regionen in Myanmar?

Es gibt bereits einige Erfolge im Chin-Staat. Derzeit gibt es hier Straßenbauprojekte an vielen Orten. In diesem Zusammenhang mussten die Bauunternehmen lokale Gemeinden um Erlaubnis fragen, wenn sie Bäume fällen wollten, und haben auch Entschädigung dafür bezahlt. (Hier ist die Rede von Gemeinden, die Gemeindewälder angemeldet haben.) Zuvor wurden keinerlei Ansprüche berücksichtigt, weil das Land offiziell nicht im Besitz der Gemeinde war und daher auch kein Anspruch auf Entschädigung bestand. Außerdem gibt es Gemeinden, die ihre Gemeindewälder auch um Obstplantagen (Orangen, Mangos, Bananen) und wertvolle Nutzholzplantagen (Teakholz) erweitern konnten. Zur Situation in anderen Teilen von Myanmar kann ich nicht viel sagen.

Wie profitieren Gemeinden noch von Gemeindewäldern?

In den 2016 aktualisierten offiziellen Bestimmungen zu Gemeindewäldern (Community Forest Inst-





ruktion) werden vor allem folgende Ziele genannt: Deckung des grundlegenden Bedarfs der lokalen Gemeinden an Holz und anderen Forst-Erzeugnissen; Einkommensgenerierung und Armutsreduktion in den Gemeinden; nachhaltige Nutzung und Erweiterung der Waldflächen durch aktive Beteiligung der Gemeinden; Klimaschutz durch Vermeidung von Entwaldung.

Ich bin mir aber noch nicht ganz im Klaren darüber, wie effektiv Gemeindewälder tatsächlich zur langfristigen Absicherung von Landrechten sind. Soweit ich weiß gibt es keine Klausel zu Landenteignung in den Bestimmungen. Das bedeutet aus meiner Sicht, dass die Regierung unter Umständen auch Gemeindewälder enteignen könnte, mit oder ohne Entschädigung. Es gab bereits einen Fall in Tiddim im Jahr 2015. Damals wurden betroffene AnwohnerInnen nach ausgedehnten Erdbeben von der Regierung umgesiedelt. Nämlich auf Land, das als Gemeindewald ausgewiesen war, und ohne Entschädigung. Derzeit gibt es noch einige Zweifel, inwiefern die Gemeindewälder in der Praxis auch wirklich den Gemeinden nützen, so wie es in den Bestimmungen steht. Dazu muss die Regierung noch Überzeugungsarbeit leisten.

Was sind die größten Hürden bei der Errichtung von Gemeindewäldern?

Es gibt vor allem zwei Herausforderungen: Einmal vonseiten der Regierung. Obwohl die ForstbeamtenInnen auf höheren Ebenen die lokalen Gemeinden dazu ermutigen, Gemeindewälder anzumelden, ist es immer noch schwierig sich den untersten kommunalen Verwaltungsebenen anzunähern. Sie leh-

nen üblicherweise Anmeldungen von Gemeinden für Gemeindewälder ab und bevorzugen private Geschäftsinteressen. Ich kenne die Gründe für die Ablehnungen nicht genau. Beispielsweise wartet eine Gemeinde im Norden (des Chin-Staats), die im Zuge unserer Kampagne einen Gemeindewald anmelden wollte, nun schon einige Monate auf eine Rückmeldung der Behörden. Vonseiten der Gemeinden gibt es wie gesagt weiterhin Zweifel an der Strategie der Regierung. Es gibt auch Befürchtungen, die Regierung könnte Gemeindewälder konfiszieren, wenn sie gut laufen und die Holzserträge gut sind. Viele Dörfer zögern also noch Gemeindewälder anzumelden.

Welche Methoden werden zur Erfassung der Gemeindewälder verwendet? Setzen Sie auch Drohnen ein, wie in anderen Regionen (zum Beispiel in Indonesien)?

Wir beziehen uns auf die Informationen der Gemeinden und auf ihr Gewohnheitsrecht. Das beugt Streitigkeiten um Dorf- und Landgrenzen vor. Wir verlassen uns nicht auf Luftbilder alleine. Ansonsten kommen keine bestimmten Technologien zum Einsatz.

Sind Sie auch in Kontakt mit anderen Organisationen im Land oder internationalen Organisationen, die Gemeindewälder unterstützen?

Im Moment stehen wir hier noch ganz am Anfang. Aber wir sind sehr daran interessiert, Netzwerke mit anderen nationalen und internationalen Organisationen aufzubauen, die Dorfgemeinden bei der Errichtung von Gemeindewäldern unterstützen. ■

Die nahe gelegenen Wälder sind für die Chin-Dörfer im westlichen Bergland von Myanmar von großer Bedeutung – nicht zuletzt als Lieferant von Brennholz und anderen Waldprodukten.

Foto: Rainer Einzenberger